

KLARTEXT

IN
BLAU

BRIGITTENAU



»2013 - Das Jahr für Österreich«

Sicherheit, Familie, Jugend, Bildung, Senioren

Mehr denn je gilt: Österreich zuerst!

Die FPÖ ist für das „Superwahljahr“ gerüstet

Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Leserin, geschätzter Leser!

Wie lange noch?



Wann ist die Grenze politischer Tatenlosigkeit erreicht? Wann reagiert eigentlich die Bundes- und Wiener Stadtregierung auf Missstände? Wie lange lässt sich die Bevölkerung das noch gefallen?

Obwohl die Medienberichterstattung, nicht zuletzt wegen Werbeinseraten und Presseförderung, nicht alles schonungslos aufzeigt was die Regierungsparteien SPÖVP im Bund und ROT/GRÜN in Wien vermurkst haben, kommt doch einiges ans Tageslicht. Auch deshalb, da von der FPÖ die Themen teils provokant angesprochen werden, oder weil der Unmut der betroffenen Bevölkerung schon zu groß ist. Aber während sich die Masse mit Schönrede bei Laune halten lässt, nutzen Minderheiten die Gunst der Stunde und erpressen den Staat.

Votivkirche - Asylwerber

Asylwerber aus dem Aufnahmezentrum Traiskirchen/NÖ protestieren angeblich für bessere Asylbedingungen. In Wahrheit werden diese Asylforderer von Anarchisten aus Deutschland benutzt, um Gesetzesänderungen in Österreich zu erpressen. Die Großteils aus Afghanistan und Pakistan Geflüchteten stellen untragbare Ansprüche und treten in kurze Hungerstreiks, um ihre Ausweglosigkeit zu demonstrieren.

Selbsternannte Menschenrechtsaktivisten bewachen nicht nur das Refugee-Camp vor der Votivkirche sondern auch ihre Schützlinge in der Kirche. Es sollten keine falschen Auskünfte an die Öffentlichkeit gelangen. Wer als unliebsamer Besucher erkannt wurde, der wurde sofort von den Menschenfreunden bedrängt und attackiert. Dies hatte sogar Polizeieinsätze und Anzeigen zur Folge.

Wo bleibt das harte Durchgreifen der Regierung?

Keine Nachtschließung der Polizeiinspektion Bäuerlegasse!

Die angedachte Schließung von ungefähr 20 Polizeiinspektionen zur Nachtzeit hätte auch die Brigittenau betroffen. Konkret die PI-Bäuerlegasse! Trotz einer Kriminalitätsentwicklung die der Bezirk, wie Wien insgesamt, noch nicht gesehen hat. Denn Juwelier- und Banküberfälle, Sittlichkeits-, Gewalt- und Eigentumsdelikte stehen auf der Tagesordnung.

Aber nicht der Erhalt des subjektiven Sicherheitsgefühls war für die Weiterführung ausschlaggebend, sondern der Kostenaufwand für die Sicherung der geschlossenen Dienststellen stand außer Verhältnis zu den erwarteten Einsparungen, die durch die Schließungen hätten erfolgen sollen.

Übrigens bestätigte SPÖ-Bezirksvorsteher Derfler in einem Kurier-Interview Ende Jänner, dass der Bezirk stark von Kriminalität betroffen ist! Der Wunsch nach mehr Polizei käme sogar von der Jugend, die sehr oft Opfer von Straftaten werde.

Sehr geehrte Damen und Herren, Sie haben in ein paar Monaten die Wahl, ob Sie sich diese Politik weiterhin gefallen lassen wollen, oder für eine Änderung bereit sind.

Bezirksparteiobmann
LAbg. GR Gerhard HASLINGER

Liebe Brigittenauerinnen, liebe Brigittenauer!

Das Volk hat gesprochen



und es hat, sowohl was die Beteiligung an der Volksbefragung am 20. Jänner als auch deren Ergebnis betrifft, seinen Willen deutlich ausgedrückt. Es hat damit der Faymann/Darabos-SPÖ und vor allem dem Wiener Bürgermeister Häupl – der ja die Wehrpflichtdebatte unmittelbar vor der Wiener Gemeinderatswahl 2010 in der vergeblichen Hoffnung vom Zaun gebrochen hat, damit seine absolute Mehrheit zu verteidigen - eine schallende Ohrfeige versetzt.

Die schlechten Erfahrungen der SPÖ – und der ebenfalls für ein Berufsheer eintretenden Grünen – mit dem direkt-demokratisch geäußerten Bürgerwillen sind wohl der Grund dafür, dass rot-grün demnächst in Wien Bürgerbefragungen abhält, die auch von unabhängigen Beobachtern als „Frotzelei“ bezeichnet werden:

Nachdem SPÖ und Grüne im Vorjahr die Unterschriften von mehr als 100.000 Wienerinnen und Wienern für eine Volksbefragung zur Parkpickerl-Ausdehnung ignorierten, brechen sie nun auch ihr Versprechen, die Bürger über neue Kurzparkzonenmodelle abstimmen zu lassen. Die bei der Volksbefragung vom 7. bis 9. März gestellte Frage (Parkraumregelungen für jeden Wiener Bezirk oder Lösungen für einzelne Bezirke) ist geradezu eine Verhöhnung der Befragten und zudem noch so formuliert, dass sich nicht einmal SPÖ und Grüne darüber einig sind, was sie überhaupt bedeutet.

Und was die Einführung einer Fußgängerzone in der Mariahilfer Straße betrifft, so verweigert rot-grün den Anrainern überhaupt jede Mitbestimmung. Trotz eines anderslautenden Beschlusses des Neubauer Bezirksparlaments dürfen lediglich einige hundert Bewohner von Seitenstraßen abstimmen. Aber nicht darüber, ob sie die Fußgängerzone wollen oder nicht, sondern nur darüber, ob in ihrem Wohnbereich eine Querung der Mariahilfer Straße möglich sein soll oder nicht.

Damit lassen SPÖ und Grüne in Wien die direkte Demokratie zu einer Farce verkommen meint

Ihr Bezirksvorsteher-Stellvertreter Herbert Gausam



Impressum:

© by FPÖ-Brigittenau 2013

Herausgeber: FPÖ Brigittenau; 1200 Wien, Traunfelsgasse 3, +43 (0) 1/330 66 66; brigittenau@fpoe-wien.at

„Klartext in blau“ versteht sich als Forum freiheitlich denkender Menschen, das vor allem Bezirks- und Wien-Themen behandelt. Die gezeichneten Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Für den Inhalt der gezeichneten Beiträge sind deren Verfasser verantwortlich.

Redaktion: Der Klub der Freiheitlichen Bezirksräte Brigittenau;

Chefredakteur: Michael Howanietz; michael.howanietz@fpoe.at; Layout und Satz: Wolfgang Sehner; wolfgang.sehner@aon.at

Titelbild: Quelle: Sehner; Druck: Druckteam Burkert GmbH.; 2486 Pottendorf; Industriestraße 5.

Erscheinungsform: vierteljährlich, Erfüllungsort und Gerichtsstand ist Wien.

Leserbriefe können aus Platzgründen nicht immer publiziert werden. Die Redaktion behält sich das Recht vor, eingereichte Beiträge zu bearbeiten. Ein Recht auf Abdruck besteht jedoch nicht. Nachdruck und Übersetzung, auch auszugsweise, ist nur mit schriftlicher Genehmigung des Herausgebers gestattet.

Politik – richtig oder falsch!

Wer die Gräben zwischen Arm und Reich weiter aufreißt und den Mittelstand ausdünn, tut das Gegenteil verantwortungsvoller Gesellschaftspolitik. Es ist deshalb dafür zu sorgen, dass Arbeit und Leistung gerecht entlohnt werden und in soziale Nöte Geratenen effektiv geholfen wird.

Dafür steht die FPÖ!

Wer die schwache Geburtenrate zum Anlass nimmt, das Image der Familie weiter zu beschädigen und Kinder als Spaßbremse hinzustellen, tut das Gegenteil zukunftsorientierter Familienpolitik. Es ist deshalb dafür zu sorgen, dass junge Menschen die Familiengründung als eine besondere Erfüllung des Lebenssinns empfinden und sich Kinder auch leisten können.

Dafür steht die FPÖ!

Wer Zuwanderung als Ausgleich der schwachen Geburtenrate hinstellt, arbeitet nicht an der Selbsterhaltungsfähigkeit (s)eines Volkes, sondern am Bevölkerungsaustausch. Es ist deshalb dafür Sorge zu tragen, dass in österreichischen Schulen wieder primär österreichische Kinder sitzen. Zuwanderung kann immer nur eine vorübergehende Lösung für Engpässe z.B. auf dem Arbeitsmarkt sein, niemals aber das Lösungsmodell vernünftiger Bevölkerungspolitik. Die FPÖ steht deshalb für verträglichen Zuzug von Arbeitskräften, die sich bei uns selbst verwirklichen können und uns helfen. Un-

kontrollierte Massenzuwanderung Gastarbeiters ist strikt abzulehnen!

Wer Asylbetrug hinnimmt und importierte Kriminalität verharmlost, gefährdet die Österreicher und tut das Gegenteil ernstzunehmender Sicherheitspolitik. Es ist deshalb dafür zu sorgen, dass ausländische Straftäter in ihre Heimatländer zurückgeschickt werden können, dass Asylbetrug ausnahmslos die Abschiebung des Betrügers zur Folge hat und dass verliehene Staatsbürgerschaften im Falle schwerer Verbrechen auch wieder entzogen werden können.

Dafür steht die FPÖ!

Wer unser Land in immer neue Importabhängigkeiten treibt, tut das Gegenteil des zum Erhalt unserer Souveränität Notwendigen. Es ist dafür zu sorgen, dass unsere Bauern für ihre Leistungen in der Nahrungsmittelversorgung und in der Landschaftspflege angemessen entlohnt werden und Importe nur dort realisiert werden, wo die Inlandsproduktion nicht möglich ist. Die Selbstversorgungsfähigkeit auf dem Nahrungsmittelsektor ist eines der obersten Gebote des souveränen Staates.

Dafür steht die FPÖ!

Wer Kindern Bewegungsmöglichkeiten nimmt, sie zu falsch ernährten, ausschließlich computerfixierten Stubenhockern macht, ihnen keine Perspektiven gibt und dafür noch die vorgeprägte Geschlechterrolle nimmt (Gender

Mainstreaming), der tut das Gegenteil unterstützender Jugendpolitik. Es ist deshalb für die bestmöglichen Rahmenbedingungen einer freien, glücklichen, gesunden Kindheit zu sorgen, ohne Wenn und Aber, für eine Bildungspolitik, die diesen Namen verdient, und für Kinderschutzmaßnahmen, die Kindesmisshandlung und Kindesmissbrauch unter strengste Strafe stellen.

Dafür steht die FPÖ!

Der Staat, der eine Zukunft haben will, muss die Weichen entsprechend stellen. Einer internationalen Befehlsausgabe zu folgen, statt den Bedürfnissen der eigenen Bevölkerung, Geld in der Fremde zu verschleudern, statt in die Zukunft der eigenen Bevölkerung zu investieren, ist der falsche Weg. Es ist deshalb die aktuelle Schuldenpolitik umgehend zu beenden. Es ist deshalb umgehend alles zu tun, damit Österreich ein souveräner Staat und Heimat der Österreicher bleiben kann.

Dafür steht die FPÖ!

Die einzige Alternative zu einem System des Ausverkaufs, das unsere Zukunft ernsthaft bedroht.



BR Michael Howanietz
 Chefredakteur
 Ansprechpartner für:
 Umwelt,
 Bezirksentwicklung

Bildungsstandards

Noch vor ungefähr 40 Jahren war es Standard, dass man, trotz oft bescheidener Möglichkeiten, die geltenden Bildungsziele erreichte. Man konnte volksweit, siehe ältere Post- und Ansichtskarten, nahezu fehlerloses Deutsch - noch dazu in gefälliger Form - schreiben! Tagtäglich hören wir vom Versagen der Lehrer, der Eltern, der Gesellschaft.

Nicht nur, dass das ein Gegeneinander-Ausspielen nach dem Motto 'jeder gegen jeden' darstellt (das böse Wort „Verhetzung“ verwende ich nicht) ist es auch eine bewusst angelegte Begriffsverwirrung: Was sind heute Standards? Von eifrig dazu angehaltenen jungen Menschen ja nicht das Handwerk des Vaters zu erlernen

oder gar die demütigende Mutterrolle zu übernehmen, wird natürlich heute nichts erzeugt oder volkswirtschaftlich Brauchbares geleistet.

Die „Studierten“ sind zu Schmarotzern geworden!

Dem eigentlichen Auftrag der Universitäten von Forschung und Lehre kommen sie lang nicht mehr nach. Im Gegenteil. Da werden sinnlose Studien geschrieben, natürlich erstens dem eigenen Erhaltungstrieb folgend, zweitens dem politischen Diktat. So werden die hier schon seit 30 Jahren ansässigen Analphabeten zu Deutsch- oder „Integrationskursen“ eingeladen! Ja, so vergeht die Zeit auch und solange der Lohn stimmt, denkt man darüber nicht nach.

Es scheint so, dass man die Augen

fest verschließt und sich einfach den neuen Standards anschließt. Jeder der hier Aufhältigen hat die Prospektflut zu lesen, die angebotenen Produkte auch zu kaufen und seine ganze Arbeitskraft darauf einzurichten, dass er morgen in der Gosse liegt.

BR Susanne Chirkov

Beispiel gefällig?



Gesehen auf einer Autoscheibe!

Foto: Internet



Gräbt uns Brüssel das Wasser ab?

Angeblich um Wasser zu sparen will die EU nur noch „effiziente“ Wasserhähne und Duschköpfe dulden. Ginge es tatsächlich um das Ziel, mit der wertvollen Ressource Trinkwasser sorgfältiger umzugehen, gäbe es andere Wege. Immerhin versickert speziell in den Mittelmeerländern ein Gutteil des transportierten Wassers aus lecken Leitungen. Hier müsste angesetzt werden. Nicht bei den Wasserhähnen, die mit der geplanten Zielsetzung unter Umständen gesundheitsgefährdend sein könnten. Denn wird auch am Wasserdruck gespart, um Wasser zu sparen, könnte der geringere Druck eine Besiedelung von Armaturen und / oder Leitungen mit Krankheitskeimen zur Folge haben, die jetzt kaum Chancen haben, sich festzusetzen.

Aber der Anschlag auf den Wasserhahn ist nicht der einzige überflüssige Zugriff auf das blaue Gold der Alpen. Die österreichische Struktur der Trinkwasserversorgung ist bewährt und effizient. Zusätzliche europäische Regelwerke, wie etwa der Entwurf der EU Richtlinie betreffend Konzessionsvergaben KOM(2011) 897, sind daher entbehrlich und nur der Versuch einer Zwangsprivatisierung des Wassermarktes. Mit allen negativen Folgen, die man überall dort sehen kann, wo die Wasserversorgung bereits liberalisiert wurde.

Österreichische Wasserversorger werden aufgrund ihrer Größe im Falle von Konzessionsausschreibungen kaum in der Lage sein, gegen weltweit tätige Konzerne wie die Veolia-Gruppe (150 Fir-

men in 77 Ländern, 46 Milliarden € Umsatz, 320.000 Mitarbeiter) zu bestehen. Eine Zerschlagung der österreichischen Siedlungswasserwirtschaft wäre die wahrscheinliche Konsequenz. Und damit wäre, nach Teilen der Energieversorgung und einem Teil der Nahrungsmittelproduktion, eine weitere Lebensgrundlage dem Ausverkauf preisgegeben. Und Österreichs Souveränität damit nochmals entscheidend reduziert.

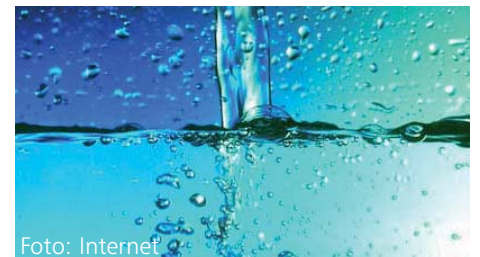


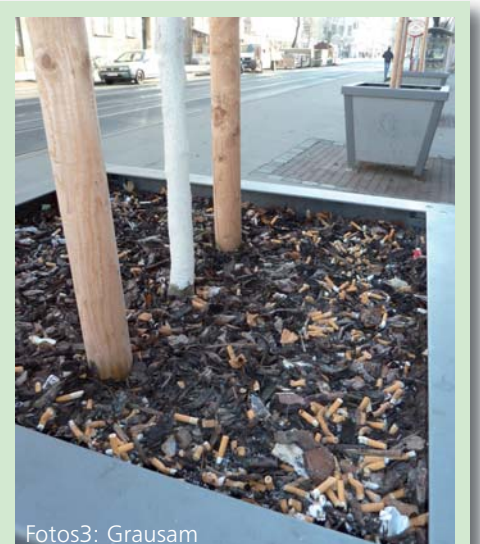
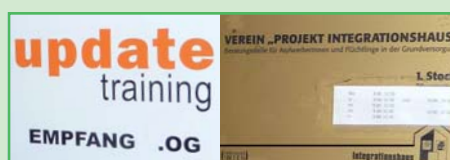
Foto: Internet

Pflanztröge als Aschenbecher

Vor etwas mehr als einem Jahr wurden bei der Straßenbahnstation der Linie 31 in der Klosterneuburger Straße (Fahrtrichtung Schottenring) drei Pflanztröge mit Bäumen aufgestellt, da die vorher in den Baumscheiben gepflanzten Bäume den Einsatz von Streusalz an dieser Stelle nicht überlebten. Ob die neu gepflanzten Bäume allerdings das überleben, was ihnen derzeit angetan wird, ist mehr als zweifelhaft. Wie das Foto zeigt, werden die Pflanztröge nämlich als übergroße Aschenbecher benutzt. Verursacher dieser Schweinerei sind vor allem die Be-

sucher von ums Eck gelegenen Einrichtungen in der Webergasse 20. Dort befinden sich eine Beratungsstelle für AsylwerberInnen und Flüchtlinge in der Grundversorgung des Vereins „Projekt Integrationshaus“ sowie der update trainig GmbH, die hier im Auftrag des Arbeitsmarktservice (AMS) Kurse durchführt.

BV Stv Herbert Grausam



Fotos3: Grausam

Ihr wollt Österreich regieren?



Geschätzte SPÖ!

Einstige Arbeiterpartei. Heute Regieplatz des gnadenlosen Ausverkaufs unserer Heimat. Himmelschreiende soziale Ungerechtigkeit, Freunderlwirtschaft, ein angeschlagenes Gesundheits- und Bildungssystem, Massenzuwanderung in die soziale Hängematte und eine Familienpolitik, bei der einem die Haare zu Berge stehen. Geschätzte SPÖ, mit deiner Selbstbedienungsmentalität hast du vielen deiner Parteigänger zu gut dotierten Pöstchen verholfen. Dieses Land ist aber keine rote Erbpacht, die zwischen Parteibuchbesitzern und ihren Günstlingen aufgeteilt werden darf. Du hattest viele Jahre Zeit, geschätzte SPÖ, den Menschen das zu geben, was du ihnen seit all diesen Jahren versprichst. Du hast alle deine Versprechen gebrochen, verteilst Milliarden an Spekulanten und Pleitestaaten und hast nichts für deine Wähler – die dir ein letztes Mal vertraut haben. Du hast jedes Recht verwirkt, den Österreichern die Farbe Rot als Farbe der Rettung unserer Heimat hinzustellen.



DIE GRÜNEN

An die GrünInnen!

Natur? Umwelt? Tierschutz? Bewahrung der Arten- und Sortenvielfalt? Ihr hättet gute Themen, um damit viele Wähler von eurem politischen Weitblick zu überzeugen. Was tut ihr aber? Betätigt euch als Vorbeter von Multikulti, heillosen Gender-Programmen und Gesellschaftsexperimenten, die nur an ein Ziel führen können: zur Zerstörung aller Fundamente einer funktionierenden Gemeinschaft. Wie so oft im Leben gilt aber auch hier: es kommt selten etwas Besseres nach. Oder habt ihr schon euer Programm für den neuen Menschen,

der keinem Geschlecht angehört, keine Volkszugehörigkeit besitzt, keine Bildung nötig und keine Kinderstube erfahren hat? Wenn ja, behaltet es für euch und lasst Österreich seine intakten Gesellschaftsstrukturen, die vielleicht nicht ideal, aber immerhin über Jahrzehnte funktionsfähig waren. Mit Parkpickerl und politisch korrekten Straßenumbenennungen als ideologische Hauptstoßrichtungen werden wir den auf uns zukommenden Herausforderungen nämlich nicht gewachsen sein.



Werte ÖVP!

Einstige Sicherheits-, Familien- und Bauernpartei. Heute ein Hort von Wirtschaftsmagnaten und Lobbyisten. Nichts gegen die Wirtschaft. Die brauchen wir. Aber sie darf uns nicht missbrauchen. Es ist nicht damit getan, die Wünsche der Konzerne zu erfüllen, werte ÖVP. Es gibt auch Bedürfnisse der Bevölkerung, der du im Wahlkampf immer wieder vollmundig Besserung gelobst. Um genau diese Bedürfnisse dieser unserer Bevölkerung dann ab dem Wahlabend wieder offensiv zu ignorieren. Deshalb bist du, werte ÖVP, kein Hoffnungsträger mehr, der dieses Land aus der von dir mitverursachten Krise führen könnte.



Sehr geehrter Herr Stronach!

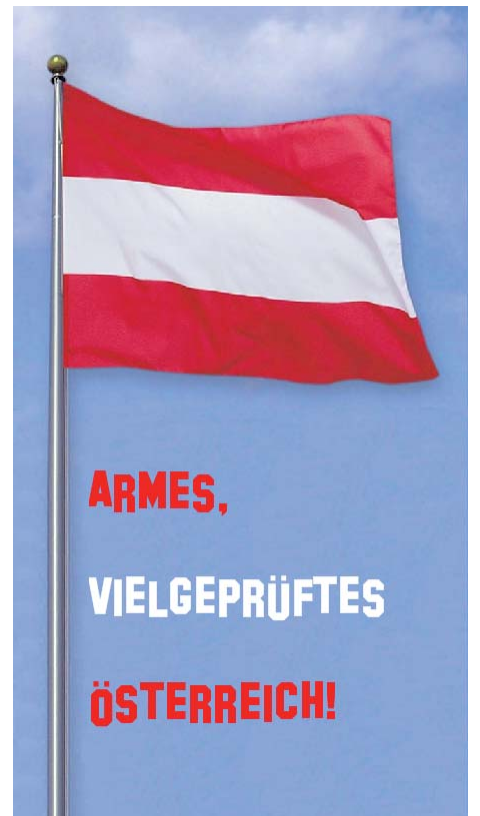
Sie mühen sich seit Monaten redlich, den Österreichern ein Programm schmackhaft zu machen, das es bis heute nicht gibt. Sie stehen für Werte. Sagen Sie. Wo aber bitte sind diese Werte festgeschrieben? Wo ist der Garantieschein für Frau und Herrn Österreicher, dass diese Werte auch einen Mehrwert für den Alltag der Menschen mit sich bringen? Ihr (Vor)Leben weist Sie als höchst erfolgreichen Wirtschaftstreibenden aus. Ob das aber genügt, einem Land Zukunft zu geben, das seine Hoheitsrechte an Brüssel übertragen hat und das sein

Geld jenen hinterher wirft, die auch viel versprochen, aber außer Profitgier, Spekulation, Teuerung und Massenarbeitslosigkeit nichts zustande gebracht haben? Gute Wirtschaftsdaten sind günstig. Aber die Menschen haben nichts davon, wenn die Folge der guten Wirtschaftsdaten nicht auch eine spürbare Verbesserung der Lebensqualität ist.



Liebes BZÖ!

Wird es dich nach dem nächsten Wahltag noch geben oder nicht? Das alte Spiel der abgezapften Blütenblätter erfährt dank deiner sporadischen Präsenz neue Aktualität. Du hast helle Köpfe in deinen Reihen, aber eben auch viel Leerlauf in deinen Auftritten. Einige der „alten Garde“ haben dir den Rücken gekehrt. Und deinen Platz im politischen Schubladenspiel hast du nie so richtig gefunden. Keiner weiß so recht, weshalb er am Wahltag gerade bei dir sein Kreuz machen sollte. Wofür stehst du? Was willst du anders machen als die anderen? Solange du darauf keine glaubwürdigen Antworten gibst, wird die 4-Prozent-Hürde für dich weiter in schwindelnde Höhen steigen.





Neuer Fahrrad-irr-weg von Rot/Grün

Wieder einmal wurde ein Fahrradweg von Rot/Grün in der BV Sitzung gegen den begründeten Einwand der FPÖ durchgeboxt, obwohl die Zrinygasse in der Vergangenheit schon öfters als Problemgasse - wegen gegen die Einbahn fahrender LKW/PKW - aufgefallen ist.

Die Zrinygasse scheint auf den ersten Blick für einen Fahrradweg geeignet zu sein, dennoch verbirgt sich in dieser kleinen Gasse zwischen Hartlgasse und Jägerstrasse ein nicht kalkulierbares Gefahrenpotential. Die Zrinygasse dient

nämlich, neben der Hartlgasse, auch als Zulieferfahrbahn für den Bauhaus Ladehof und genau darin besteht die Gefahr. LKWs die in den Ladehof einfahren, müssen rückwärtsfahrend den Ladehof wieder verlassen, dadurch können Radfahrer leicht übersehen und erheblich verletzt werden oder zu Tode kommen.

Es stellt sich auch die Frage, wo die Radfahrer nach dem Durchfahren der Zrinygasse hinfahren wollen, rechts in die Jägerstrasse abbiegen (wo sich bereits ein Radweg befindet), in Richtung

Bauhaus oder links abbiegend Richtung Wexstrasse/Stromstrasse.

Am wahrscheinlichsten ist jedoch, dass die Radfahrer VERBOTENERWEISE durch die Wohnhausanlage Jägerstrasse 89-95 in Richtung Adalbert- Stifterstrasse oder Burghardgasse fahren und die dortigen Bewohner (Fußgeher, spielende Kinder) gefährden. Das Ganze ist also, in gewohnter rot-grüner Manier, denkbar unausgegoren.

Wildwuchs an Behindertenparkplätzen

Vorweg sei gesagt: es soll hier keinem Menschen mit echter Behinderung das Recht auf einen Behindertenparkplatz abgesprochen werden!

In der Jägerstrasse 91 explodiert die Zahl von Behindertenparkplätzen aber. Da gibt es drei Behindertenparkplätze hintereinander - und das in einem Parkpickerl-Bezirk! Da sich gegenüber dieser Adresse eine Ladezone der Firma Kwizda befindet, wird den Bewohnern dieser Wohnhausanlage die Möglichkeit zu nahem Parken - was mitunter vorteilhaft sein soll, wenn etwa Besorgungen zu transportieren sind - entzogen.

Die Beschilderung der Sonderparkplätze ist leider wieder nur von einer Seite sichtbar, dadurch kam es bereits vermehrt zu Anzeigen und Autos wurden kostenpflichtig (ca. € 500.-) abgeschleppt. Die grundsätzliche Frage lautet: Wie leicht ist es einen Behinderten-

ausweis zu bekommen? - Und damit einen Behindertenparkplatz zu erhalten?

Jahrzehntelang kam man an dieser Adresse ohne diese Sonderparkplätze aus, wobei es auch früher - echte - Behinderte (z.B. Rollstuhlfahrer) gegeben hat.

Die Benützer der jetzt - einseitig - ausgeschilderten Sonderparkplätze weisen, nach Angaben der Bewohner, alle einen Migrationshintergrund auf. Sie wissen offenbar wie man zu einem Parkplatz vor dem Wohnhaus kommt - ganz ohne Parkpickerl, das Besitzer eines Behindertenausweises nicht benötigen. Es genügt anscheinend, einen Bandscheibenvorfall zu haben, um zu einem Behindertenausweis zu kommen.

Aus Beobachtungen ergab sich die Erkenntnis, daß die Parkberechtigten (z. B. ein Frühpensionist ohne bemerkbare Behinderung) morgens offenbar zur Ar-



BR Alfred Pfeiffer
Ansprechpartner für:
Bauausschuss, Verkehr,
Zivil- u. Katastrophenschutz



beit fahren. Ob angemeldet oder nicht, die Abfahrts- und Ankunftszeiten sprechen für sich. Mit schweren Einkaufstaschen kommt man dann wieder nach Hause, Möbel werden verladen und - problemlos getragen. Von den angeblich Behinderten.

Ist der Sonderparkplatz also gerechtfertigt? fragen sich viele Anrainer. Eine Überprüfung scheint geboten.



Verkehrsfläche als Freiluftdepot

Fotos2: Sehner

In der Klosterneuburgerstrasse 51, vor dem Blumengeschäft, glaubt man, dieses Geschäft werde gerade renoviert. Da hier immer wieder der halbe Geschäftsinhalt auf dem Gehsteig oder im angrenzenden „Strassenbegleitgrün“ abgestellt ist. Wobei man zwar von „Grün“ nichts mehr sieht, da diese Flächen schon vor längerer Zeit mit Rollschotter p(l)aniert wurden.

Auf diesen Umstand angesprochen, erklärten mir die Geschäftsbetreiber, dass sie im Lokal zu wenig Platz hätten und Regale sowie Waren daher vor dem Lokal abgestellt werden müssten. Nun wurden wir Bezirksräte schon vor einiger Zeit von Herrn Bezirksvorsteher Derfler gebeten auf solche Warenausräumungen zu achten und diese zu melden. Ich frage mich aber, ob diese auch sanktioniert werden. Der Verdacht liegt nahe, dass es im 20. Bezirk Lokalbetreiber gibt, die halt „gleicher“ sind. Und die

Bestimmungen nicht für alle gelten.

In unserer Stadt werden immer mehr Wiesen- und Grünflächen versiegelt. Die Stadt-Natur stirbt unter den vielen Betonverbauungen. Wie steht es also mit dem Abstellen von Regalen? Gibt es hier keine Richtlinien, die Geschäftsinhaber einhalten müssen? Wo sind die Kontrollen? Oder kann schon jeder machen was er will? Wenn sich künftig jeder auf Freiflächen ausbreitet, wie er will, braucht man keine Gesetze mehr. Genügt dann schon ein kleiner Laden, und der Rest steht auf der Straße? Zu guter Letzt stören dann womöglich die Bäume, und die letzten werden mittelfristig aus dem Bezirk verschwinden!



BR Elisabeth Sehner
Ansprachpartnerin für:
Naturschutz,
Kultur, Verkehr



Foto: Internet (BZ)

FPÖ für mehr Bienen im Bezirk

FPÖ-Bezirksrat Michael Howanietz hat in der vorletzten Sitzung der Bezirksvertretung einen Antrag zur Ansiedlung von Bienenvölkern auf öffentlichen Gebäuden in der Brigittenau eingebracht. Was für den Laien eigenartig klingen mag hat einen sehr realen Hintergrund.

In vielen europäischen Großstädten wurden Bienenvölker erfolgreich angesiedelt. Sie finden genug Nahrung und liefern hochwertigen Honig. Und im Unterschied zu vielen ländlichen Gebieten werden die fleißigen Immen in der Stadt nicht mit hochdosierten Pestiziden und schädlichen Beizmitteln vergiftet.

Deshalb ist die Ansiedlung im urbanen Raum mittelfristig mehr als Öko-Aktionismus. Nämlich eine echte Chance unseren bedrängten Bienen zu helfen. Und damit uns selbst. Denn rund 75 Prozent unserer Nahrungspflanzen hängen von der Bestäubung durch Bienen ab. Ohne Bienen keine Bestäubung, keine Früchte, keine Ernte, keine Nahrungsmittel. Die FPÖ hat auch hier die Zeichen der Zeit erkannt und stellt sich den mit ihnen verbundenen Herausforderungen.

Übrigens wollen wir mit der Carnica natürlich eine friedfertige und keinesfalls aggressive Bienen-Gattung ansiedeln. Die Angst, dass mit mehr Bienen im Bezirk die Gefahr steigt gestochen zu werden, wäre also völlig unbegründet.



Foto: Internet

Weshalb trägt die SPÖ Österreich im Namen?



Foto: Internet

Johannes Jarolim ist Justizsprecher der SPÖ im Nationalrat. Vor allem aber ist er designierter SPÖ-Spitzenkandidat in unserem Wahlkreis für die kommende Nationalrats-Wahl. Deshalb ist es besonders interessant für uns Brigittenauser, das Weltbild des Herrn Jarolim zu beleuchten.

seinem politischen Streben keine besondere Rolle, wie Rotweißbrot bei den Roten überhaupt auf verlorenem Posten steht. Wo ist die Besorgnis, angesichts der unzähligen Kinder, die von feigen Import-Kriminellen überfallen und beraubt werden? Wo ist die Sorge um alte Menschen, denen unmittelbar nach dem Bankbesuch ihr Ersparnis gestohlen wird? Wo ist die Sorge um jene Senioren, die sich Pflege und Medikamente nicht leisten können, die ihnen den Lebensabend entscheidend erleichtern würden? Wo ist die rote Fürsorge angesichts einer Vielzahl von Jugendlichen, die keinen Lehrplatz und damit keinen Platz in der Gesellschaft, die keine Zukunftsperspektive und damit keinen Hoffnungsanker für ihr Leben finden? Wo ist die rote Besorgnis um österreichische Familienväter, die ihre Lieben nicht ernähren können, weil sie angesichts immer höherer Preise und immer höherer Belastungen vor dem finanziellen Ruin stehen?



Foto: Internet

In diesem Zusammenhang ist es spannend, wenn sich Herr Jarolim im Dezember ein „Weihnachtswunder für Flüchtlinge in Österreich“ wünscht. Das ist zeitlich korrekt, aber inhaltlich? Er wünscht sich einen anderen Umgangston mit Flüchtlingen in Österreich, die nicht wie im Straflager gehalten werden dürften. Nicht einmal die übersensiblen Flüchtlingsbetreuer aus den einschlägigen Vereinen teilen diesen Eindruck. Und auch die Flüchtlinge selbst waren ganz zufrieden mit ihrer äußerst großzügigen Betreuung durch das Gastland, bis ihnen deutsche Linksextremisten erklärten, sie müßten mit einem Marsch nach Wien und der Besetzung der Votivkirche auf sich aufmerksam machen.

Herr Jarolim ist jedenfalls um das Wohl der Flüchtlinge in Österreich besorgt. Leider spielen die Österreicher in

Dazu gibt es keine Wortmeldung der Genossen. Weil ihnen die Österreicher und ihr Wohlergehen schlicht egal sind. Bleibt zu hoffen, dass diese Österreicher der SPÖ am Wahltag die Rechnung dafür präsentieren. Auch in unserem Wahlkreis.

Karl-Heinz Kindler



Foto: Internet

Täglich schwingt die Rassismus-Keule

Das alte Jahr ist vergangen, das neue begonnen, und die Intensität mit der die Gutmenschen die Rassismus-Keule schwingen ist weiter gestiegen. Entgegen jeder Realität: Vor nicht allzu langer Zeit, im Dezember vorigen Jahres, wurden beinahe ein Dutzend blutrünstiger Ehrenmorde begangen, brutale Übergriffe an Frauen, Vergewaltigungen und Raubüberfälle.

In der Adalbert-Stifter-Straße erstach ein Rumäne seine Lebensgefährtin. Am gleichen Tag erstach ein Türke in der Ottakringer Straße seine Frau, die sich von ihm trennen wollte, und verletzte seinen Sohn lebensgefährlich. Ein Pole „stolpert“, nach eigenen Angaben, stark alkoholisiert in einer Straßenbahn und dabei landet seine Hand in der Hose einer Frau. Ein Türke vergewaltigt mehrere Frauen, raubt sie aus und verletzt sie.



Die ach so objektiven Medien schweigen sich dabei aus, solange sie können.

Pünktlich zum Jahreswechsel haben die Gutmenschen und ihre freie Presse dafür die Hetzjagd auf freiheitlich-denkende Menschen eröffnet. Ob sie sich an klaren Worten stoßen oder einen Traditions-Ball diskreditieren, gibt es kein Halten, wenn es gilt Propaganda zu machen. Würden sie dieselbe Energie aufwenden, um Untaten aufzuzeigen statt missliebiges Handeln zu kommentieren, um reale Täter zu überführen statt virtuelle zu konstruieren, hätten sie einen wertvollen Beitrag für unsere Gesellschaft geleistet. Dazu sind sie aber offenbar weder willens noch in der Lage.



BR Dalibor Sumanski

Ansprechpartner für:
Soziales, Jugend,
SeniorInnen, Integration
Verkehrsentwicklung

Skandalöse Sicherheitspolitik in Wien!

Obwohl das Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung extrem gestiegen ist, wird gerade in diesem Bereich ungeniert der Sparstift angesetzt.

Im Jahre 2012 hatte das BM.I rund 2,5 Milliarden Euro an Budgetmitteln zur Verfügung. Der Schwerpunkt der Ausgaben lag aber nicht in der Kriminalitätsbekämpfung oder in Investitionen für Ausrüstung. Nein! Es waren Integrationsmaßnahmen, speziell zur Förderung des Spracherwerbes von Zuwanderern.

(Quelle: Budgetbericht 2012)

Die 9 Landespolizeidirektionen erhalten eigene Budgets für ihren Aufwand und sind seit Jahren verpflichtet Einsparungen durchzusetzen. Was mit der Zusammenlegung von Polizei und Gendarmerie auf Bundesebene begonnen hat, wäre nun in Wien mit der Schließung von Polizeiinspektionen zur Nachtzeit fortgeführt worden. Die Nachtsperre, die als Gewöhnungsphase für die Bevölkerung

gedacht gewesen wäre, rechnet sich derzeit nicht. Über kurz oder lang werden einige dieser Dienststellen komplett ge-



schlossen werden. Seitdem sich selbsternannte Polizeireformer des Innenressorts am Dienstbetrieb in Wien vergriffen haben, geht es kontinuierlich mit der Sicherheit bergab.

Während Computeranwendungen bei der Anzeigelegung und Diensterteilung (PAD und EDD), die Polizisten in den Dienststellen festnageln, wurde der Bevölkerung die Nachtschließung mit mehr Polizistinnen und Polizisten auf der Straße schmackhaft gemacht. Dass aber Objektüberwachungen im Hauptdienst erfolgen müssen, um Überstunden ein-

zusparen, wird beharrlich verschwiegen. Immerhin gehen dadurch rund 50.000 Stunden Streifendienst verloren!

Von der Polizeispitze wird die Personalvertretung gerne als Lügner hingestellt, wenn sie die Missstände anprangert. Im Gegenzug wird mit freundlicher Bestimmtheit die Bevölkerung falsch informiert. Wie lange das noch gut gehen wird, bleibt offen. Klar ist jedoch, dass der sicherheitspolitische Super-Gau in der Bundeshauptstadt Wien in greifbare Nähe gerückt ist.

Denn wer bei der Exekutive spart, gefährdet vorsätzlich die innere Sicherheit!

LABg. GR Gerhard HASLINGER



Verkehrsplanerischer Pfus

Im Sommer des vergangenen Jahres erfolgte ein aufwändiger Umbau des Kreuzungsbereiches der Taborstraße mit der Nordwestbahnstraße bzw. Am Tabor. Bereits kurz nach der Fertigstellung zeigte sich, dass hier leider wieder einmal gepfuscht wurde. Es stellte sich nämlich heraus, dass der Kurvenradius von der Taborstraße in die Nordwestbahnstraße so eng gebaut wurde, dass seither das Einbiegen eine Geschicklichkeitsprobe für Lastwagen und Busse darstellt.

Der eigene Gleiskörper der Straßenbahn bzw. der an sich als Gehsteig ausgeführte Eckbereich müssen beim Abbiegen meistens als Ausweichfläche erhalten, die dort aufgestellten Verkehrszeichen wurden bereits mehrmals zum „Opfer“ dieser Fehlplanung.

Nachdem dieser offenkundige verkehrsplanerische Pfus – bei trockenem Wetter durch die schwarzen Reifenspurten, bei Schnee wie am Foto ersichtlich – durch Bezirksvorsteher-Stellvertreter Herbert Grausam gemeinsam mit seinem Kollegen aus dem 2. Bezirk, Ernst Neu-

wirth, aufgezeigt wurde, scheint jetzt durch bauliche Adaptierungen zumindest eine teilweise Verbesserung für „normale“ LKW und Busse in Sicht zu sein. Sattelschlepper allerdings sollen mit Hinweistafeln auf einen Umweg gewiesen werden, sie sollen von der Dresdner Straße auf die Nordbahnstraße weiterfahren und erst bei Am Tabor einbiegen. Offenbar scheut man einen umfassenden Umbau, da man ja damit seinen Fehler eingestanden hätte, meint dazu Bezirksvorsteher-Stellvertreter Herbert Grausam.



Foto: Sehner



Foto: Grausam

Steuergeldverschwendung!



Foto: Grausam

Nicht weniger als acht Poller wurden Ende vorigen Jahres am Gehsteig Ecke Rauscherstraße 15/Adolf Gstöttner-Gasse 2 aufgestellt. Ein sachlicher Grund dafür ist eigentlich nicht zu erkennen, gibt es doch keine Anrainerbeschwerden über mehrspurige Kraftfahrzeuge, die in diesem Bereich den Gehsteig bzw. Radweg befahren, wie Bezirksvorsteher-Stellvertreter Herbert Grausam, der an der gegenüberliegenden Ecke wohnt, dem Klartext in blau berichtet.

Vielmehr gelang es offenbar der für Straßenbau zuständigen Magistratsabteilung 28 nicht, die ihr durch das Bezirksbudget zugeteilten Budgetmittel vorher sinnvoll auszugeben. Weil aber nicht sein kann, was nicht sein darf, fand sich dann doch noch ein Weg wie man das Geld der Steuerzahler ver(sch)wendet!

Rotgrüne Bonzen parken ihr „Blech“ gratis! Normalbürger blechen fürs Parken!



Foto: Internet

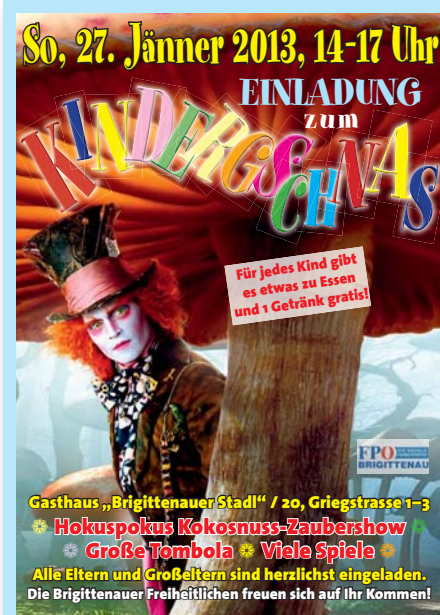
Über 800 Dienstwagen dürfen im rotgrünen Wien, auch außerhalb der Dienstzeiten, in allen Pickerlzonen gratis parken. Die besagten Dienst-PKW der Stadt Wien, und eine der Öffentlichkeit nicht bekannte Anzahl von Dienst-PKW von Unternehmen der Stadt Wien, tingeln, dank Befreiung von der Parkometerabgabe und mangels Kontrollen, auch auf Privatfahrten durch die Stadt. Diese Praxis ist eine ungeheuerliche Bevorzugung gegenüber den übrigen Autobesitzern. Sie verursacht einen enormen finanziellen Schaden für den Wiener Steuerzahler, der auf 500.000,- Euro geschätzt wird.

Während sich rot-grüne Parteigänger unverfroren am Gratis-Parken erfreuen, berappen tausende Pendler horrende Parkgebühren. Die Wiener müssen sich



mit Parkscheinen und Parkpickerln durch das tägliche Gebührengestrüpp schlagen und finden dann noch dazu häufig keine Parkplätze. Zum Vergleich: in Berlin kostet ein Parkpickerl 10,20 Euro im Jahr, in München 30,- Euro, in Wien zwischen 140,- und 170,- Euro! Einmal mehr kann man nur sagen: Danke, Herr Häupl! Danke, Frau Vassilakou!

Thomas Tayenthal



Am 27. Jänner fand im Brigittenauer Stadl zum 14. Mal das traditionelle Kinderfaschingsfest der FPÖ Brigittenau statt. In Begleitung zahlreicher Mamas, Papas, Omas und Opas hatten die Kinder viel Spaß mit der „Hokus- Pokus- Kokosnuss“-Zaubershow. Nach ausgelassenem Tanz und Wettspielen konnten sich die Kinder mit Schnitzerl, Pommes und Saft stärken. Einige Feuerwehrmänner oder Prinzessinnen fanden in ihrem Magen danach sogar noch Platz für einen Krapfen. Ja, feiern macht hungrig und durstig! Siehe auch Seite rechts!



Fotos: Sehner

KINDERFASCHING 2013





Unser Wasser!

Im Zuge der Verhandlungen um das Spekulationsverbot für Bund, Länder und Gemeinden fordere ich Spekulationen mit unserem Wasser mit einfließen zu lassen. Wir müssen unser „blaues Gold“ vor den Spekulationen internationaler Großkonzerne schützen. Im Zentrum von Spekulationen stehen ja immer öfter Güter, die in weiten Teilen der Welt knapp sind. Ein wesentlicher Treibstoff in diesem Spekulations-Casino ist das Wasser.

Österreichs Wasserschatz ist deshalb das Ziel der Begehrlichkeiten einer EU, die im Würgegriff internationaler Konzerne steht. Zum Schutz unseres Wassers verknüpfen wir eine Zustimmung zum Spekulationsverbot mit einem Verfassungsgesetz zum Schutz unserer heimischen Wasserressourcen. Man wird sehen wie sich die ÖVP dazu verhält, die sich in ihrer Politik bisher immer auf die Seite der profitorientierten Großkonzerne geschlagen hat.

Man wird auch sehen, wie sich die SPÖ verhält, die ja – angeblich - auch unser Wasser „retten“ will. Dankenswerter Weise plauderte aber Wirtschaftsminister Mitterlehner aus, dass es sehr wohl eine Weisung von Bundeskanzler Faymann gegeben haben soll, der Konzessionsrichtlinie, auf deren Basis unser Wasser privatisiert werden könnte, zuzustimmen. Wörtlich heißt es in der Aussendung des Wirtschaftsministeriums: „Für den Wettbewerbsfähigkeitsrat am 10. Dezember 2012 gab es eine Weisung des Bundeskanzleramts, die der österreichische Gesandte vorgelesen und damit der Konzessionsrichtlinie im Rahmen des Vergaberechtpakets zugestimmt hat.“

Ich kann nur immer wieder darauf verweisen, dass man überall dort, wo die Wasserversorgung privatisiert wurde, sehr schlechte Erfahrungen mit diesem Experiment gemacht hat. Die Verbraucherpreise steigen, die Versorgungsqualität sinkt, teilweise verrotten die Rohre, weil sie nicht mehr gewartet werden. Ich kann daher nur eindringlich davor warnen, die Tür zur Privatisierung in diesem sensiblen Bereich auch nur einen Millimeter weit zu öffnen.

Die FPÖ jedenfalls wird alles in ihrer Macht stehende tun, um Österreichs Wasser vor dem Zugriff ausschließlich profitorientierter Konzerne zu schützen.

HC Strache - FPÖ Bundesparteiohmann

TERMINE:

Frauenstammtische:



Donnerstag, **28.2.2013**; 18:00 Uhr
1200 Wien, Klosterneuburgerstraße 82 (s´Schmankerl)

Donnerstag, **28.3.2013**; 18:00 Uhr
1200 Wien, Klosterneuburgerstraße 82 (s´Schmankerl)

Donnerstag, **25.4.2013**; 18:00 Uhr
1200 Wien, Klosterneuburgerstraße 82 (s´Schmankerl)

Donnerstag, **23.5.2013**; 18:00 Uhr
1200 Wien, Klosterneuburgerstraße 82 (s´Schmankerl)

Weitere Termine:

Mittwoch, **1.5.2013**, **1.Mai-Kundgebung**
Ort wird noch bekanntgegeben!

Seniorenstammtisch:

Jeden ersten Mittwoch um 16:00h, im Styria XX
Rauscherstrasse 5/Bäuerlegasse; 1200 Wien



Foto: Sehner

Die FPÖ Brigittenau spricht einem besonderen Jubilar ihre Anerkennung aus: unser langjähriges Mitglied Georg Blocher wurde vor kurzem für seine 200ste Blutspende geehrt. Eine, wie wir meinen, bemerkenswerte Leistung, die von großer Mitmenschlichkeit zeugt.

Zustelladresse: